

**Vorlage
für die Sitzung
der städtischen Deputation
für Soziales, Jugend und Integration
am 25.04.2017**

**Übertragung der Erstberatung bei Häuslicher Gewalt an die Beratungsstelle Neue Wege
Hier: Zwischenbericht zur Erprobungsphase der neuen Verfahrensweise der Polizei**

A. Problem

Mit Beschluss vom 08.01.2015 hat die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend der Übertragung der Beratung bei Beziehungsgewalt nach Wegweisung und bei Gewaltschutzanträgen vom Amt für Soziale Dienste (AfSD) auf die Beratungsstelle „Neue Wege – Wege aus der Beziehungsgewalt“ (*Neue Wege*) in Trägerschaft der Reisenden Werkschule Scholen e.V. zugestimmt. Die Aufgabe wurde zum 01.02.2015 an den Träger übertragen.

Im Anschluss stellte sich heraus, dass die direkte Übermittlung der Daten von der Polizei an die Beratungsstelle „Neue Wege“ nicht auf der Grundlage bereits bestehender Vereinbarungen erfolgen kann. Eine Übermittlung der Daten der betroffenen Frauen und ihrer Kinder erfolgte weiterhin direkt an das Amt für Soziale Dienste, das im Rahmen des gesetzlichen Auftrages im Bereich Kinderschutz initiativ wird.

Am 27.10.2016 befasste sich die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration erneut mit der Sachlage und fasste folgende Beschlüsse (Lfd. Nrn. 52/16 L u. 123/16 S):

F1 Die staatliche Deputation Soziales, Jugend und Integration bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport und den Senator für Inneres

- *im Rahmen eines Modellprojektes nach einer polizeilichen Wegweisung die Einwilligung zur Datenübermittlung von häuslicher Gewalt Betroffener einzuholen und diese Kontaktdaten an die Beratungsstelle „Neue Wege – Wege aus der Beziehungsgewalt“ zu übergeben. Ziel ist dabei, die niedrigschwellige aufsuchende Beratung für die Betroffenen weiter auszubauen.*
- *Nach 6 Monaten Laufzeit des Modellprojektes zu prüfen, ob das Modellprojekt weitergeführt und als Standardmaßnahme in die Alltagsorganisation übernommen wird oder ob nach Alternativen gesucht werden muss.*

F2 Die städtische Deputation Soziales, Jugend und Integration bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport und den Senator für Inneres

- *im Rahmen eines Modellprojektes nach einer polizeilichen Wegweisung die Einwilligung zur Datenübermittlung von häuslicher Gewalt Betroffener einzuholen und diese Kontaktdaten an die Beratungsstelle „Neue Wege – Wege aus der Beziehungsgewalt“ zu über-*

geben. Ziel ist dabei, die niedrigschwellige aufsuchende Beratung für die Betroffenen weiter auszubauen.

- *Nach 6 Monaten Laufzeit des Modellprojektes zu prüfen, ob das Modellprojekt weitergeführt und als Standardmaßnahme in die Alltagsorganisation übernommen wird oder ob nach Alternativen gesucht werden muss.*

B. Lösung

Das neue Verfahren wird seit Oktober 2016 bei der Polizei erprobt. Diese Erprobungsphase wird nach Absprache mit dem Senator für Inneres weitergeführt, bis die Erfahrungen ausgewertet sind. Diese Auswertung ist eingeleitet und kann voraussichtlich bis zur Deputationssitzung am 01.06.2017 vorgelegt werden.

C. Alternativen

Werden nicht empfohlen.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender Prüfung

Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung ist nicht erforderlich, weil von diesem Zwischenbericht keine finanziellen Auswirkungen zu erwarten sind.

Von häuslicher Gewalt sind vorwiegend Frauen und ihre Kinder betroffen.

E. Beteiligung / Abstimmung

Die Vorlage ist mit dem Senator für Inneres abgestimmt.

F. Beschlussvorschlag

1. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt zur Kenntnis, dass die Erprobungsphase des neuen Verfahrens der Einverständniserklärung fortgeführt wird, bis die Auswertung vorliegt.
2. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport und den Senator für Inneres, den Auswertungsbericht zur Sitzung der Deputation am 01. Juni 2017 vorzulegen.